



LEONORE GEWESSLER

Die frühere Umweltaktivistin ist die neue Stimme für Klima- und Umweltpolitik. Mehr auf **Seite 3**.



KLIMAPOLITIK

Was muss getan werden, damit Österreich klimafit wird. **Seite 4 und 5**.



ATTERSEE

Die Grünen fordern mehr öffentlichen Zugang zu den Ufern. **Seite 6**

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 103
22. JAHRGANG | SEPTEMBER

OÖ.PLANET NR. 06/2019 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Es ist Zeit für ein Comeback

„Saubere Umwelt, saubere Politik und Gerechtigkeit; Kinderarmut bekämpfen, nicht arme Kinder; den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken, nicht die Gesellschaft spalten...“

02 – 05



Foto: Stefanie Fegenschlag

Machen wir die Wahl zur Klimawahl

Wir leben in einer historisch einzigartigen Zeit: Wir sind die erste Generation, die die Klimakrise trifft und die letzte Generation, die das Ruder noch herumreißen kann. Ob Hitze, Dürre, Ernteausfälle oder Unwetterkatastrophen: Immer mehr Menschen spüren die Folgen der Klimaveränderung unmittelbar. Wenn es uns in den kommenden Jahren nicht gelingt, die Weichen in Richtung klimafreundlicher Zukunft zu stellen, dann wird sich die Erhitzung der Erde auf eine Art und Weise verstärken, die unsere Lebensgrundlagen massiv gefährdet.

Im Lichte dieser historischen Herausforderung steht auch die Nationalratswahl am 29. September. Wir stellen den Kampf gegen die Klima- und Umweltkrise ins Zentrum

unserer Politik und damit auch ins Zentrum unseres Wahlprogramms. Wir sind überzeugt, jeder Politikbereich muss sich der Klimakrise stellen.

Jeden Freitag erinnern uns insbesondere junge Menschen in Österreich und in aller Welt daran, dass politische EntscheidungsträgerInnen daran gemessen werden, ob wir die Klimaherausforderung erfolgreich bewältigen oder ob wir der jungen Generation ihre Zukunftschancen rauben. Der geforderte Kurswechsel bringt auch Chancen – für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die Lebensqualität, die Freiheit und die Demokratie.

■ **Werner Kogler** und sein KandidatInnenteam

WÄHL DIE GRÜNEN WIEDER REIN.

29. SEPTEMBER: ZURÜCK ZU DEN GRÜNEN



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

Stoppt die fossile Politik!

Das, was am Sonntag davor noch schön geredet wurde, wird am Montag niedergestimmt. So geschehen in der Landesregierung vergangene Woche. Der Antrag von Rudi Anschober, Oberösterreich zum Land des Sonnenstroms zu machen und bis 2030 den Anteil des Solarstroms am Stromverbrauch auf 20 Prozent zu heben, wurde von der schwarz-blauen Mehrheit in der Landesregierung abgelehnt.

Sonnenstrom-Technologie ist längst ausgereift und hat sich in den letzten Jahren massiv verbilligt. Von mehr an solarer Energie würden alle Player in Oberösterreich profitieren. Die Hälfte der Wertschöpfung bleibt im Land, wir würden unabhängiger von Importen von „Schmutzstrom“ werden und viele neue Jobs könnten im Land selbst entstehen. Wir hätten aber auch 1,2 Millionen Tonnen an CO₂ eingespart und somit ein Stück mehr für den Klimaschutz beitragen können.

Nicht nur in Oberösterreich, auch auf Bundesebene versuchen Türkis-Schwarz und teilweise auch Rot den fossilen Status Quo aufrechtzuerhalten. Willensbekundungen für eine solare Zukunft und für mehr Klimaschutz können am 29. September in der Wahlzelle abgegeben werden...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur öö.planet

Wen würde diesmal die Zukunft wählen?

Die Grünen starten nun in die Intensivphase des Wahlkampfes. Es geht vor allem um den Wiedereinzug ins Parlament und um den Neustart des Grünen Projektes. Was machen die Grünen anders als noch 2017, was ist ihre Kernbotschaft?

■ MARCO VANEK

Wer hätte es vor dem 17. Mai gedacht, dass am Schluss alles so schnell geht. Die Regierung stand am Tag davor noch scheinbar in vollem Saft, Pläne für einen autoritären Umbau der Republik lagen bereits in den Schubladen einiger Ministeriumskabinette zur Umsetzung bereit. Korruptionsgedanken spukten nicht nur in so manchem Minister- und Abgeordnetenkapf, sondern dürfte – siehe Casinos Austria – Teil der Regierungsvereinbarung gewesen sein. Billiger Populismus und Machtmissbrauch kroch schon längst nicht mehr nur durch die türkis- und blauen Parteisekretariate, sondern war bereits in der Mitte der Republik angekommen. Gott sei dank war der Spuk so schneller als erwartet vorbei, das türkis-blaue Regierungsgespinnst war noch im Mai implodiert, Neuwahlen ausgerufen.

Grünes Comeback

In dieser politischen Konstellation kam den Grünen zugute, dass sie davor ihre Hausaufgaben gemacht haben. Die Partei wurde dank des unermüdlichen Einsatzes von Werner Kogler und seinem jungen Team auf neue Beine gestellt, neue Kan-

didatInnen brachten neuen Schwung und Zuversicht in die Partei. Schon während des EU-Wahlkampfes im Mai war viel von der Freude an der wiedererstandenen Grünen Politik zu spüren, vom unermüdlichen Einsatz der Basis und von der konstruktiven Art Politik zu machen.

Die Grüne Stimme fehlte

Deutlich war aber auch zu spüren, nach der Hinauswahl aus dem Parlament haben die Grünen auf der politischen Bühne gefehlt. Es gab keine laute Stimme für Umwelt- und Klimaschutz, saubere Politik und Gerechtigkeit. Noch im Frühjahr hat sich von den fünf Parlamentsparteien niemand um die Anliegen der zehntausenden Schülerinnen und Schüler der Fridays4Future-Bewegung gekümmert. Erst als klar war, das Klimathema wird eines der bestimmenden im anrollenden Wahlkampf, haben sich die anderen Parteien schnell ein grünes Mascherl umgebunden.

Öko-Kompetenz+

Den Grünen kommt in Zeiten wie diesen zugute, dass sie seit Jahrzehnten eine glaubwürdige Umwelt- und Klimapolitik



Foto: Werner Decol

Die Grünen haben dazugelernt: Nicht mehr Streitgespräche, sondern Menschen gewinnen.

betreiben. Nicht nur Hainburg und Zwentendorf stehen dafür, sondern zigtausende andere Umweltsünden wurden in den letzten Jahrzehnten von Grünen im ganzen Land erfolgreich aufgedeckt und bekämpft.

Die Grünen waren immer schon seit ihrem Einzug ins Parlament Mitte der 80er Jahre an der Aufdeckung von Korruptionsskandalen beteiligt: Rudi Anschober hat vor fast dreißig Jahren die kriminellen Machenschaften beim Pyhrnautobahnbau aufgedeckt, einige Jahre später Gabi Moser den Telekom- und BUWOG-Skandal, Peter Pilz – damals noch als Grüner – den Eurofighter-Skandal. Nie haben Grüne Funktionsträger und -trägerinnen selbst welche produziert. Neben dem Einsatz für unsere Lebensgrundlagen und gegen die Klimakrise ist das der stärkste Grund, diesmal Grün zu wählen.

Geändert hat sich in den letzten Monaten auch die Kommunikation mit den Wählern und Wählerinnen. Nicht mehr mit erhobenem Zeigefinger durch die Straßen laufen, sondern auf der Straße zuhören und verstehen, was die Menschen wollen, steht nun im Vordergrund. Und: Nicht mehr ein Streitgespräch gewinnen wollen, sondern die Menschen selbst zu gewinnen.

Wenn in den verbleibenden Wochen im ganzen Land grünewandete Menschen auf Infotour unterwegs sind, werden sie immer wieder ihre Gesprächspartnerinnen und -partner auf den Sucus der Grünen Botschaft ansprechen: „Jedes Kind soll in Österreich Chancen auf ein gutes Leben haben, reine Luft atmen, sauberes Wasser trinken, gesunde Lebensmittel essen und sich an einer intakten Natur und Artenvielfalt erfreuen.“ Vielleicht wählt diesmal doch die Zukunft Grün?

Radeln für den Grünen Wiedereinzug

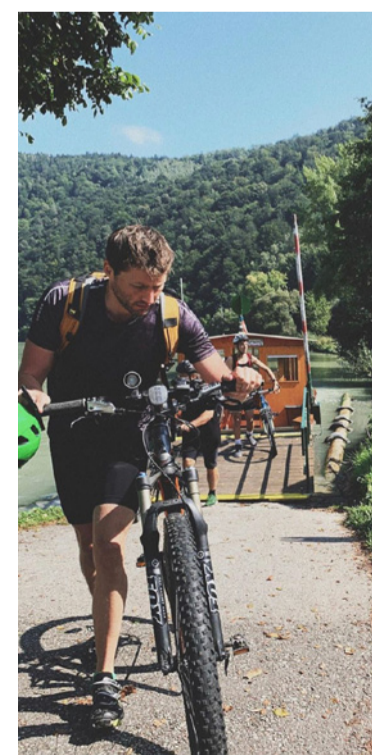
David Stögmüller radelte mit einer Gruppe Grüner AktivistInnen und KandidatInnen durch Österreich.

„In Bregenz starteten wir los, und wer Lust und Zeit hatte, konnte sich uns anschließen, für ein paar Stunden, einen Tag oder auch länger. Es gab ausreichend Gelegenheit, mit uns in Kontakt zu treten, Fragen zu stellen, zu diskutieren. Es war eine lockere Möglichkeit, uns selbst und unsere Visionen kennenzulernen. Vom Wirtshaus bis zum Marktfest war alles dabei. Wir haben unsere Reise in grobe Etappen unterteilt, aber was dazwischen passierte,



war offen – es war ein Abenteuer.“ David Stögmüller, Grüner Bundesrat, Spitzenkandidat im Innviertel und Listendritter in Oberösterreich.

Spannendes Detail am Rande: 1986 war die letzte österreichweite Grüne Radtour – damals mit Meissner-Blau. Nach dieser Tour kamen die Grünen auch ins Parlament. Wenn das kein gutes Omen ist.



Fotos: Die Grünen ÖÖ

Grünes Licht für die Erneuerbaren

Leonore Gewessler wechselte von der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 zu den Grünen und wird zukünftig eine gewichtige Stimme im Parlament für Klimaschutz und für die Energiewende sein. Wie kann Österreich klimafit werden?

■ MARCO VANEK

Anfang Juni war Leonore Gewessler noch Geschäftsführerin bei GLOBAL 2000, einer der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen in Österreich. Dann kam der Anruf von Werner Kogler, ob sie nicht in die Politik einsteigen möchte. Nach einer kurzen Bedenkzeit war schnell klar, sie wird ihr Klimaschutzengagement ins Parlament verlagern. „Die Grünen sind die richtige politische Gemeinschaft für mich. Denn es sind sie gewesen, die als einzige politische Kraft konsequent für einen wirkungsvollen und effizienten Klimaschutz eintreten. Ich



„In den nächsten Jahren stehen viele Weichenstellungen in der Umweltpolitik an“, Leonore Gewessler, Listenzweite der Grünen in OÖ.

will gerade jetzt meinen Beitrag dazu leisten, dass sie das wieder im Parlament tun.“

Schon in ihrer Zeit bei GLOBAL 2000 war sie nah dran an der Klima- und Umweltpolitik. So bekam sie hautnah den politischen Stillstand in diesem Bereich mit, die mutlosen Pläne der verantwortlichen Politik und das Fehlen konkreter Maßnahmen. „Die nächsten zehn Jahre sind für den Klimaschutz ausschlaggebend. In der nächsten Parlamentsperiode stehen viele Weichenstellungen an“.

Klimaschutz & Energiewende – was zu tun ist

Damit Österreich vom Nachzügler wieder zum Vorreiter in Sachen Erneuerbarer Energien

wird, braucht es aber vielerlei Maßnahmen. Gewessler skizziert die wichtigsten davon: „Zuallererst braucht es aber eine Strategie. Nach dem türkischen Desaster muss jetzt schon die Interimsregierung Verantwortung übernehmen und einen Energie- und Klimaplan vorlegen. Dieser soll nicht in einem Hinterzimmer im Ministerium, sondern gemeinsam mit ExpertInnen von NGOs und aus der Wissenschaft erstellt werden.“

Der Energieverbrauch muss langfristig um die Hälfte reduziert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Dafür braucht es aber ein wirksames Energieeffizienzgesetz. Die thermische Sanierung zu forcieren wird Österreich nicht umhinkommen.

„Auch hier ist aus heutiger Sicht mehr als die Halbierung des Energieverbrauchs für Raumwärme in Österreich machbar. Wir brauchen da aber eine Förderoffensive und steuerliche Begünstigungen für die thermische Sanierung, vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen.“

Ausbau der Sonnenenergie

Ein weiteres großes Potenzial liegt in der Energieerzeugung. Damit das Ziel 100 Prozent erneuerbaren Strom bis 2030 und 100 Prozent erneuerbarer Energie bis 2050 erreicht wird, ist ein taugliches Ökostrom-Nachfolgegesetz notwendig. „Vor allem im Ausbau der Sonnenenergie sehe ich ein großes Potenzial. Das 100.000 Dächerprogramm der Klima- und Energiestrategie muss rasch zu einem 1.000.000 Dächerprogramm werden. Dabei muss die Förderung von Gemeinschaftsanlagen, Bürgerenergiekraftwerken und Bürgerbeteiligungsmodellen im Zentrum stehen.“

ZUR PERSON

geboren 1977, aufgewachsen in St. Marein bei Graz, verheiratet, Studium Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Entwicklung an der Universität Wien, Beruflich: 2006 bis 2008 Büroleiterin beim Grünen Bezirksvorsteher Thomas Blimlinger in Wien Neubau, 2008 bis 2014 Direktorin der Green Europaen Foundation in Brüssel, 2014 bis 2019 politische Geschäftsführerin von GLOBAL 2000, Vorstand von Friends of the Earth Europe.

KOMMENTAR



■ **ULRIKE BÖKER**
LANDTAGSABGEORDNETE
IM OÖ. LANDTAG
ULRIKE.BOEKER@
GRUENE.AT

Die Zeit ist reif, Grün zu ernten

Ich bin 1997 aus Unzufriedenheit in die Gemeindepolitik gegangen, daraus sind nun 22 Jahre kommunale Arbeit geworden und davon 12 Jahre als Bürgermeisterin. 2015 erlitt ich eine schmerzliche Niederlage, und mein Credo, dass auch Scheitern im Leben weiterhelfen kann, musste ich nun selbst erfahren, was nicht ganz leicht war. Doch zugleich konnte ich in den Landtag einziehen. Mein ursprünglicher Plan nach sechs Jahren wieder eine neue Herausforderung anzunehmen hat sich aufgrund der politischen Entwicklung geändert. Jetzt ist es nicht mehr die Unzufriedenheit – nein, jetzt ist es eine große SORGE, die mich diese neue Herausforderung annehmen ließ.

Ich möchte meinen Erfahrungsschatz, mein Netzwerk, meine Kompetenzen, die ich in den 12 Jahren als Bürgermeisterin erlernt habe, einsetzen, damit die Welt von morgen nicht noch mehr zubetoniert, verschandelt und versiegelt wird und das Grundbedürfnis Wohnen für alle Menschen leistbar wird. Eine weitere Leidenschaft ist das Wasser. Als Donaukind habe ich das Wasser, den schönen Fluss, aber auch schreckliche Hochwässer erlebt.

Es ist für mich eine Herzensangelegenheit Verantwortung zu übernehmen. Die Zeit dazu ist reif – lange hat GRÜN die Saat gesät und gepflegt. Jetzt ist die Zeit zum Wachsen und bald zum Ernten! Ich will dabei sein!

Ulrike Böker lebt in Ottensheim, ist Landtagsabgeordnete und ist bei der Nationalratswahl 2019 Spitzenkandidatin im Regionalwahlkreis Mühlviertel.

Der energieautarke Bauer

Stefan Kaineder und Leonore Gewessler besuchten auf ihrer Zukunftstour den Energiepionier und Geflügelhalter Jürgen Hutsteiner in Steyr.

Der Auslöser, wieso Jürgen Hutsteiner umdachte, war eigentlich eine Umfahrungsstraße, die vor seinem Hof am Stadtrand von Steyr vorbeiführen soll. Er engagiert sich seither in der Bürgerinitiative gegen den Bau. Dann kamen die Auswirkungen

des Klimawandels dazu, die ihn als Landwirt besonders treffen. Er beobachtete, wie der Regen in den letzten Jahren immer weniger wurde, die Aussaat wegen der wärmeren Temperaturen immer früher begann. „All diese Entwicklungen führten dazu, dass ich mir Gedanken über den Klimawandel machte und was ich persönlich gegen die Klimaerwärmung beitragen kann.“

Große Solaranlage

Hutsteiner stattete daher vor einigen Jahren seinen Hof mit

einer Solaranlage und einem netzgekoppelten Speichersystem mit einer Kapazität von etwa 65 kWh aus. Dank dieses Systems versorgt er seine Stallungen und Anbauflächen nun in den Sommermonaten zu 100 Prozent energieautark. Mithilfe eines Speichers mit Salzwasserbatterien und eines Heizstabs erzeugt Hutsteiner auch das Warmwasser für seinen Hof solarelektrisch und lädt sein Elektroauto mit dem gespeicherten Sonnenstrom auf. Selbst die Auslieferung der Eier erfolgt daher CO₂-neutral. Sämtliche Materialien

des Stromspeichers sind im Gegensatz zu Lithiumbatterien nachhaltig und ungiftig.

„Unser Besuch am Sonnenhof war nicht nur höchst interessant, er war faszinierend, betont Stefan Kaineder. „Jürgen Hutsteiner und seine Familie zeigen eindrucksvoll vor, was mit der Kraft der Sonne möglich ist. Dieser Bauernhof ist pure Motivation und der Beweis, dass innovative Betriebe daran arbeiten, künftig ohne fossile Energien zu funktionieren. Danke für das großartige Engagement“.



Geflügelbauer Jürgen Hutsteiner im Gespräch mit Stefan Kaineder und Leonore Gewessler



Foto: Max Meyrhofer

ZITIERT

Schulstart

„Schulsachen für zwei oder mehr Schulkinder zu kaufen kann zu einem großen finanziellen Problem werden. Türkis-Blau hat massiv in die Kindermindestsicherung und die Familienbeihilfe hineingestrichen. Auch deswegen müssen jetzt 50.000 Familien vom Roten Kreuz unterstützt werden“, **Agnes Sikka Prammer**, Vierte auf der Grünen Landesliste in OÖ, Gemeinderätin in Leonding.



IMPRESSUM

oö.planet. 06/2019 / Zulassungsnr.: MZ 022031264 M
Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
Herausgeberinnen: Die Grünen OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Herbert Vorarberger, Mag. Stefan Hauer, Mag. Markus Gusenbauer, Ursula Roschger **Mitarbeiterinnen und Autorinnen:** Dr. René Freund, Mag. Maria Buchmayr, Gottfried Hirz, Mag. Barbara Vanek **Korrektorat:** Mag. Barbara Vanek **Fotos:** www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressverwaltung:** Nina Bikić, Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.grgic@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück **Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint im Frühjahr 2020**

Klimaschutz: Die Politik muss handeln

Unser Wirtschaftssystem ist zutiefst unökonomisch, weil es die Lebensgrundlagen konsumiert. Wir müssen es ändern.

■ MARCO VANEK

Die alljährlichen „Global Risks Reports“ des Weltwirtschaftsforums in Davos zeigen, dass Widerstand gegen effektive Klimaschutzmaßnahmen, antidemokratische Strömungen und soziale Ungleichheit keine getrennt zu sehenden Herausforderungen sind, sondern aufs engste miteinander verwoben. Die Berichte der letzten Jahre stellen der Menschheit ein gutes Zeugnis bei der Bewältigung der konventionellen Risiken, jedoch ein schlechtes bei der Lösung struktureller Risiken aus. So können schädliche Aktivitäten lange Zeit aufrechterhalten werden, ohne dass etwas Nennenswertes passiert. Sobald aber ein bestimmter Punkt überschritten ist, treten negative Erscheinungen mit großer Wucht auf, wie zuletzt zu beobachten bei der Finanzkrise 2008. Diese lassen sich im Nachhinein aber nicht mehr korrigieren. Ähnliches sagt die Wissenschaft beim Klimawandel voraus.

Obwohl die Risiken von der Wissenschaft bereits identifiziert, bewertet und analysiert sind, werden sie von der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterschätzt. Nicht anders ist es zu erklären, wieso die Bilanz beim Klimaschutz so mager ausfällt.



Foto: Stefanie Freyenschlag

CO₂-Steuer notwendig

„Bisher gelingt es der Politik nicht, unter den herrschenden Konkurrenzbedingungen, sowie angesichts der Machtansprüche und Interessen leistungsstarker Akteure – einen zukunftsfähigen Ordnungsrahmen vorzugeben“, schreibt Christoph Müller, Mitglied des österreichischen Rates für Nachhaltige Entwicklung, in einem Beitrag in der Furche. „Es braucht daher entsprechende ökonomische Instrumente, Ge- und Verbote sowie Mechanismen der Querfinanzierung. Ich habe die Hoffnung, dass CO₂ endlich so bepreist wird, dass die globalen Emissionen rechtzeitig im ausreichenden Maß sinken.“ Nach wie vor dominiert das westliche Wohlstandsmodell des Massenkonsums und der Wegwerfkultur, auch in Öster-

reich. Vor allem ÖVP, SPÖ, FPÖ versuchen mit allen Mitteln dieses Modell auf politischer Ebene abzusichern.

Wie soll der Umschwung gelingen?

Das fragen sich nicht nur die jungen Menschen, die bald wieder an den Freitagen auf die Straßen und Plätze gehen werden. Es sind vor allem unsere unhinterfragten Normalitätsvorstellungen, Bequemlichkeiten, fehlende Langfristorientierung und einiges mehr, die es uns persönlich schwer machen, am bisherigen Pfad umzukehren. Bei anstehenden Entscheidungen verdrängen wir lieber die negativen Aspekte, legen uns die Welt zurecht und vereinfachen sie. Freiwillig auf eine nachhaltige Lebensweise umzusteigen, gelingt daher meist nur einzelnen PionierInnen. Fehlt

aber der politische und rechtliche Rahmen für eine nachhaltige Lebensweise, wird das gute Tun der Einzelnen im globalen Zusammenhang schnell verpuffen. Da braucht es schon die gesetzlichen Vorgaben auf allen Ebenen, wie eine CO₂-Steuer, die einen hohen Energieverbrauch verteuern würde. Die Politik muss den Wandel einleiten.

Es liegt vor allem an der Politik, die die adäquaten und rechtlichen Rahmenbedingungen setzen muss. Und das auf allen Ebenen: lokal, national, europäisch und global.

Werden bei der anstehenden Wahl am 29. September die Mehrheitsverhältnisse so verändert, dass es politisch möglich wird, die Rahmenbedingungen in Richtung klimafitte Zukunft zu drehen, dann ist dies ein erster Schritt. In einem weiteren Schritt müssen wir an der Absicherung und dem Ausbau der Demokratie arbeiten. Denn Demokratien haben eine viel höhere Lösungskompetenz als autoritäre Systeme. Demokratie bedeutet aber auch Mitwirkung am Entscheidungsprozess außerhalb der Parlamente, etwa in zivilgesellschaftlichen Initiativen, an Projekten...

Wir können den Klimawandel nur dann stoppen, wenn wir auch die Demokratie in den Parlamenten und außerhalb in der Zivilgesellschaft stärken. Die bevorstehende Nationalratswahl ist daher ein ganz wichtiger Schritt, um eine Wende in der Klimapolitik einzuleiten.

Wie können wir den Fachkräftemangel lösen?

Für die Integration, die Betroffenen und für die Wirtschaft wäre es gut, den Zugang von Migrantinnen und Migranten zu verbessern.

Rudi Anschober lud kürzlich zur Fachkonferenz für die Helferinnen und Helfer im Integrationsbereich ein. Die TeilnehmerInnen erarbeiteten dabei zehn konkrete Schritte, wie der immer dramatischer werdende Lehrlings- und Fachkräftemangel gelöst werden kann. Ein zentraler Punkt dabei ist die Wiederöffnung des Zugangs von Asylwerber/innen zur Lehre und ein Verhindern

der Abschiebung der in Österreich noch aktiven 881 Lehrlinge. „In meinen Gesprächen mit Innenminister, Justizminister, Wirtschaftsministerin und Sozialministerin in den letzten beiden Wochen ist klar geworden, dass die derzeitige Gesetzeslage nicht ausreicht, um Sicherheit für die 881 betroffenen Lehrlinge zu schaffen.“

Anschober hat daraufhin den Parlamentsfraktionen drei konkrete Lösungsvorschläge für Gesetzesanpassungen übermittelt. Diese sollen das Versprechen von Sebastian Kurz umsetzen, der kürzlich vorschlug, keine Abschiebungen der derzeit in Ausbildung befindlichen Lehr-



Foto: Büro LR Anschober

FachexpertInnen auf der ZusammenHelfen-Konferenz: Johanna Hobelsberger-Gruber, Illi de Verette, Walter Prehofer, Maria Brunner, Ruth Makiese Nzola, Rudi Anschober, Hubert Schöffmann

linge während ihrer Ausbildung vorzunehmen.

Anschober ersuchte die Parlamentsfraktionen um eine klare Rückmeldung, ob sie eine der drei Varianten für Gesetzeskorrekturen unterstützen werden. „Kommt es zu einer Mehrheit für eine Lösungsvariante, werde ich das Innenministerium ersuchen, einen Vorschlag für die Formulierung des konkreten Nationalratsbeschlusses den Klubs vorzulegen, damit es zu einem möglichst breit getragenen Beschluss kommen kann.“ Bei Drucklegung dieser Ausgabe lagen noch keine Reaktionen der Parlamentsfraktionen vor.

Die Wissenschaft fordert klare Maßnahmen ein

In Österreich steigen nach wie vor die klimaschädlichen Emissionen, die internationalen Verpflichtungen werden so nicht eingehalten. Österreichische WissenschaftlerInnen haben nun ein Bündel an Maßnahmen vorgelegt, wie Österreich klimafit werden kann.

■ MARCO VANEK

Wie alle anderen EU-Länder muss Österreich bis Ende 2019 einen Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) an die EU-Kommission übermitteln und darin aufzeigen, wie das Land seine CO₂-Emissionen bis 2030 um 36 Prozent senken will. Um dieses EU-Mindestziel zu erreichen, müsste der offizielle NEKP allerdings noch deutlich nachgebessert werden, sind sich die ExpertInnen aus der Wissenschaft einig. Sie haben nun eigene Vorschläge erarbeitet, den sogenannten Referenzplan. Darin werden an die hundert Maßnahmen bzw. Vorschläge angeführt, die notwendig sind, damit Österreich seine Klimaverpflichtungen erfüllt. Wir stellen die wichtigsten Bausteine vor, die sofort oder in den nächsten Jahren umgesetzt werden könnten.

Sozial- und ökologische Steuerreform

Im Vordergrund stehen aufkommensneutrale Steuern auf fossile Rohstoffe, mit Rückvergütung an einkommensschwache Haushalte (Ökobonus). Auch Unternehmen sollen ihre Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen rückvergütet bekommen. Weiters: klimaschädliche Subventionen müssen abgeschafft und die Mehrwertsteuer auf erneuerbare Energieträger solange gestrichen werden, bis die Ausbauziele erreicht sind...

Klimafitte Raumplanung

Gesetze und Verordnungen in der Raum- und Bauordnung sowie bei der Wohnbauförderung müssen im Einklang mit den Zielen sein, den Energie- und Flächenverbrauch zu stoppen...

Mehr Energieeffizienz

Die gesetzlichen Vorgaben für Energieeffizienzmaßnahmen und Energiemanagementsysteme müssen besser greifen. Dazu braucht es ein neues Energieeffizienzgesetz...

Kreislaufwirtschaft fördern

Produkte fördern, die wiederverwendet werden bzw. wo die Lebensdauer erhöht wurde. Die gesammelte Trennung von Altstoffen muss erweitert werden. Ebenso notwendig ist in Zukunft, mehr Materialien rückzugewinnen bzw. zu recyceln. Vor allem bei Kupfer, Eisen und Aluminium gibt es noch ein großes Potenzial, den Ressourcenverbrauch zu senken. In Zukunft muss wieder die Rücknahme von Glas- und anderen Verpackungen gesteigert werden...

Lebensmittelverschwendung stoppen

Die Lebensmittelabfälle im Restmüll und in der Biotonne müssen verringert werden wie auch die Abfälle entlang der gesamten Wertschöpfungskette (vom Anbau der Rohstoffe bis zur Weiterverarbeitung von Lebensmitteln)...

Verkehr ökologisieren

In erster Linie müssen Mikrosysteme für den öffentlichen Verkehr im ländlichen Raum gefördert werden, wie zum Beispiel Sammeltaxis. Weiters muss die Bahn gestärkt und die Bahninfrastruktur verbessert werden. Im Bereich des Straßenverkehrs fordern die WissenschaftlerInnen eine flächendeckende Stra-



Foto: Bilderbox.com

ßenmaut emissionsfreie Zonen, Zufahrtsbeschränkungen und Kontingente in umweltkritischen Zonen, sowie ein Konzept für zulässige Höchstgeschwindigkeiten, Stichwort: 100/80/30 km/h. Weitere Vorschläge: ökologisch orientierte Parkgebühren, Fördermittel an Ziele für den FußgängerInnen- und Radverkehr orientieren, den Flugverkehr fair besteuern...

Gebäude sanieren und besser nutzen

Die Lebensdauer von Wohn- und Geschäftsbauten sollen steigen, eine Ökobilanz schon von der Planung weg bis zur Entsorgung soll eingeführt sowie mehr als bisher regional hergestellte Baustoffe und mehr Recycling eingesetzt werden. Zentren und Ortskerne müssen durch verschiedene Maßnahmen wiederbelebt werden...

Mehr Bio in der Landwirtschaft

Wirksame Maßnahmen, um in der Landwirtschaft den Ausstoß an treibhauschädlichen Gasen zu verringern sind, den Biolandbau auszubauen, und auf Mineräldünger verzichten. Weiters sollte der Humusaufbau im Boden forciert und bei der Nutztierfütterung auf Kraffutter verzichtet werden.



Foto: Stefanie Freyenschlag

Klimaschutz jetzt

Die überparteiliche Initiative von Rudi Anschober fordert Nachbesserungen des Klimaplan bis Jahresende, damit Strafzahlungen vermieden werden. An die zehntausend Unterstützerinnen und Unterstützer haben die Petition bereits unterschrieben, wie auch immer mehr Gemeinden. Von prominenter Seite kommt Unterstützung etwa vom Wirtschaftsforscher Karl Aiginger, von der Schauspielerin Maria

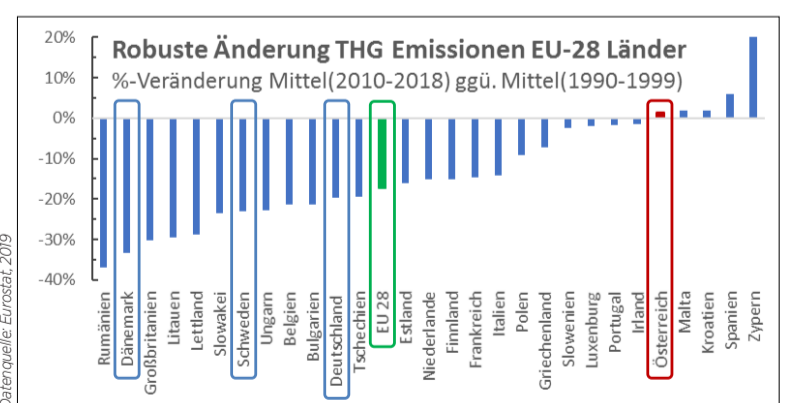
Hofstätter, vom Kabarettisten Günther Lainer, der Diakoniedirektorin Maria Moser und von vielen anderen.

Die konkret geforderten Maßnahmen sind:

- Die Verankerung der Pariser Klimaziele in der Verfassung.
- Die Energiewende sowie die Mobilitätswende.
- Die Streichung klimaschädigender Subventionen und eine ökosoziale Steuerreform.
- Klimafolgenabschätzung bei allen Gesetzen, Verordnungen und Regierungsvorlagen.

Mehr unter

➔ www.klimaschutzjetzt.at



Wissenschaftliche Fakten

Weitere Informationen über die Forderungen der Wissenschaft hat das Wegener Center für Klima und Globalen Wandel an der Universität Graz. Der Institutsleiter Univ. Prof. Gottfried Kirchenger war kürzlich auf Besuch bei Rudi Anschober und hat auf einer Tagung die dramatische Entwicklung der Klimaveränderung vorgestellt.

Sein Institut koordiniert die wissenschaftliche Arbeit rund um den Klimawandel in Österreich. Auf der Homepage des Instituts gibt es eine Reihe an Studien, Stellungnahmen zum Klimawandel und was getan werden muss. Darunter auch der Referenzplan der österreichischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

<https://wegcenter.uni-graz.at/>



Foto: Cajetan Perwein

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRTZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM ÖÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRTZ@
GRUENE.AT

Ist Klimaschutz nur Wahlkampf-taktik?

Erkenntnisgewinn ist gut, auch in der Politik. Dies umfasst Positionen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ändern. Wobei offenbleibt, was den Meinungswechsel ausgelöst hat und welche Konsequenzen ihm folgen. Ein Beispiel liefert uns die Betriebsamkeit der anderen Fraktionen beim Klimaschutz. Dass es hier endlich Bewegung gibt, ist gut. Allein uns Grünen fehlen Glaube und Beweis, dass dies mit Überzeugung und Konsequenz geschieht.

Das hat Gründe. Erstens die Historie. Seit Koalitionsstart hat Schwarz-Blau den Klimaschutz geschwächt, die Energiewende wurde faktisch abgedreht, die Solarförderung für Häuslbauer gestrichen, unzählige Anträge der Grünen abgelehnt. Zweitens die Konsequenz: Dazu zählt das von Schwarz-Blau beschlossene Ölheizungsverbot, das erst wieder Einbauten ermöglicht. Der gemeinsame Antrag an den Bund für mehr Klimaschutz ist zwar ein Erfolg, enthält aber nur Mindestmaßnahmen. Weitergehende Forderungen hat Schwarz-Blau nicht mitgetragen. Diese Anträge der Grünen werden im Herbst den Landtag beschäftigen. Dann wird sich weisen, wie konsequent die anderen Parteien beim Klimaschutz wirklich sind. Drittens der Zeitpunkt: Dass die Besinnung auf den Klimaschutz mit der enormen öffentlichen Präsenz des Themas einhergeht sowie insbesondere den anstehenden Nationalratswahlen, ist doch vielsagend. Das betrifft selbstverständlich auch die SPÖ. Klimaschutz war für sie bisher politisches Ödland, das sie nun intensiv zu beackern versucht.

Wir Grünen hoffen zutiefst, dass tatsächlich ein Bewusstseinswandel begonnen hat. Denn für reine Wahlkampf-taktik steht beim Klimaschutz zu viel auf dem Spiel.

Der Attersee darf nicht zum PrivAttersee werden



WEBTIPP

Am Attersee sind 76% der Uferstrecken in Privatbesitz

Informative Grafiken unter:
addendum.org/seezugang/

Ein zweiter Platz ist ja nicht der schlechteste. In diesem Fall jedoch ist er unrühmlich, problematisch und folgenreich. Es geht auch nicht um einen sportlichen Wettstreit, sondern um eine verschärfende Situation am Attersee.

■ **MAX GUSENBAUER**

Die Rede ist von Verbauung von Seegrundstücken, von Privatisierungen, fragwürdigen Umwidmungen und Zugangsbeschränkungen. Die Rede ist von immer weniger freien Seezugängen für die Öffentlichkeit. Man hat es gewusst, dass diese immer weniger werden, aber eine Studie der Rechercheplattform Addendum hat jetzt das ganze Ausmaß aufgezeigt. Zwar liegt der Wörthersee mit über 80% an privaten Seezugängen auf Platz 1 der am wenigsten öffentlich zugänglichen Seen. Doch dahinter liegt der Attersee bereits auf Platz 2. Bereits 76% der Uferfläche ist in Privatbesitz. 11 Prozent sind schwer

zugänglich und nur noch auf 13% der Uferlänge hat die Öffentlichkeit (öffentliche Bade- flächen, Strandbäder, Promenaden etc.) tatsächlich Zugang zum See. (Siehe Grafik)

„Diese Situation ist alarmierend. Der See wird zum Kapital der Wirtschaft und zum Refugium der Betuchten. Die Menschen, deren Erholung und Naturerlebnis bleiben immer mehr auf der Strecke“, betont Gottfried Hirtz, der Grüne Klubobmann und regionale Abgeordnete für den Bezirk Vöcklabruck. Er sieht die lang-jährigen Warnungen der Grünen ebenso bestätigt, wie eine vehemente Forderung, die kürzlich endlich realisiert worden ist.

Denn die Sicherstellung des Seezugangs für alle OberösterreicherInnen ist nun als Staatszielbestimmung in der Verfassung verankert. Dies hat der ÖÖ. Landtag bei seiner Sitzung am 11. April 2019 auf Initiative der Grünen beschlossen. Konkret lautet diese Staatszielbestimmung: „Das Land Oberösterreich bekennt sich zum Zugang der Allgemeinheit zu Wäldern, Bergen, Seen, Flüssen und anderen Naturschönheiten“. Die Landesverfassung gibt nun der Gesetzgebung und Verwaltung ein klares Ziel vor: die Zugänglichkeit der oberösterreichischen Naturjuwelen soll nicht noch mehr eingeschränkt werden.

„Wir Grünen sehen in der Verankerung den klaren Auftrag, dass Privatisierungen von Seegrundstücken im öffentlichen Eigentum deutlich erschwert werden“, betont Hirtz. Wir haben nun ein verfassungsrechtliches Instrument, und das muss ab jetzt Wirkung zeigen. Sonst

kennen die OberösterreicherInnen den Attersee bald nur mehr aus der Ferne und von Bildern“, warnt Hirtz und nimmt das Land ÖÖ in die Pflicht.

Denn Ziel muss es sein, nicht nur weitere Privatisierungen zu verhindern und öffentliche Seezugänge zu erhalten, sondern auch neue zu schaffen. Dies ist möglich durch Ankäufe bzw. Rückkäufe von privaten Seegrundstücken. „Wir fordern daher das Land ÖÖ auf, solche Ankäufe bzw. Rückkäufe von privaten Seegrundstücken zu unterstützen und zu fördern. Es wird von uns Grünen auch einen entsprechenden Antrag im Landtag geben“, kündigt Hirtz an.

Verbotstafeln, Schranken und private Refugien haben den Attersee auf diesen verzichtbaren Platz gehievt. Sorgen wir dafür, dass er nicht eines Tages Platz 1 ist und endgültig zum PrivAttersee wird.

Millionenförderung für einen Konzern...

...Almosen für die Kulturvereine. Wie es zur Förderung für die KTM-Motohall kam, muss rasch aufgeklärt werden.

■ **MAX GUSENBAUER**

Wenn die Kulturförderung des Landes für bundesweites Aufsehen sorgt, dann hat das meist nichts Gutes zu bedeuten. So auch in diesem Fall, der der heimischen Kulturpolitik einen Kapitalschaden beschert. Das Milliarden-Unternehmen KTM

bekommt vom Land für seine „Motohall“ eine Kulturförderung in Millionenhöhe. Gleichzeitig bringt die Schwarz-Blau Koalition die freien Kulturvereine durch Förderkürzungen fast um ihre Existenz. „Alleine das ist kaum fassbar. Dazu kommt noch eine mehr als suspektere Vorgehensweise der verantwortlichen Politik, die zwischen unwahren Behauptungen und seltsamen Argumenten pendelt. Besonders pikant, dass die Förderung in eine Zeit fällt, wo im Kulturbereich massiv gekürzt wird, aber auch Spenden von KTM-Chef Pierer an die ÖVP getätigt wer-

den“, betont der Grüne Kultursprecher Severin Mayr, der umfassende Aufklärung einfordert.

Anders als behauptet, gibt es zu dieser Förderung keinen Grundsatzbeschluss. Auch die angebliche positive Bewertung durch den Museumsverbund, die seitens des Landes als Begründung für die Förderung angeführt wurde, gibt es nicht. Ebenso wenig eine Zustimmung des Landtags, wie sie bei mehrjährigen Zahlungsverpflichtungen erforderlich wäre. „Das ist ein Sammelsurium an politischen Verfehlungen, das dringendst aufgeklärt wer-

den muss. Und das werden wir Grünen auch im Landtag konsequent vorantreiben“, kündigt Mayr an und hat bereits eine Anfrage an den Kulturreferenten LH Stelzer eingebracht.

Wer hat wann und auf welchem Wege über die Förderung entschieden, wer war involviert, warum ist sie zu einem beträchtlichen Teil aus dem Kulturbudget gekommen, wieso hat man einen nicht existenten Beschluss vorgeschoben – das sind nur einige der Fragen, auf die die Grünen klare Antworten verlangen.



Ein bisschen Klimaschutz ist zu wenig

Zwar sprechen im Wahlkampf alle Parteien von Klimaschutz. Wie ernst ist dieser aber gemeint? Nach der Wahl müssen Taten folgen, meint der Landessprecher der Grünen, Stefan Kaineder.

■ MAX GUSENBAUER

Viel zu lange waren sie nur Randnotiz, einzelne Meldungen unter vielen, kaum mit Aufmerksamkeit bedacht. Das hat sich gravierend geändert. Kein Tag vergeht ohne Berichte über die Klimakrise, ihre mittelbaren und unmittelbaren Folgen. Aktuelle Studien werden präsentiert über immer längere Hitze- und Regenperioden, über Veränderungen in der Tier- und Pflanzenwelt sowie die Auswirkungen auf unsere Lebensmittelversorgung. „Die Klimakrise ist da. Aber auch das Problembewusstsein steigt, nicht nur in den Medien. Immer mehr Menschen erkennen, dass wir ohne Gegenmaßnahmen in die unumkehrbare Klimakatastrophe steuern“, sieht der Grüne Landessprecher LAbg. Stefan Kaineder einen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung.

Grüne Pionierleistung

Dieser Wandel hat nun offenbar – oder besser vordergründig – die Politik erreicht. Nachdem sich die Grünen seit



Foto: Die Grünen OÖ

Stefan Kaineder: „Es müssen Taten folgen.“

Jahrzehnten für einen effektiven Klimaschutz eingesetzt haben, herrscht nun auch bei der politischen Konkurrenz fast hektische Betriebsamkeit. Nahezu jede Partei präsentiert mehr oder weniger ausgelegene Bekenntnisse und Forderungen zum Klimaschutz. Getrieben von einer Mischung aus tatsächlichem Problembewusstsein, thematischer Aktualität, medialem Druck und Meinungsumschwung in der Bevölkerung. „Das ist grundsätzlich in Ordnung. Wir Grünen begrüßen jeden Schritt der anderen Fraktionen hin zu mehr Klimaschutz. Auch wenn diese Entwicklung mit vielen Fragezeichen garniert ist“, betont Kaineder. Ist sie rein

dem Wahlkampf geschuldet? Ist es nach dem Urnengang mit dem Klimaschutz-Faible wieder vorbei? Wie weit ist man bereit beim Klimaschutz wirklich zu gehen? Was geschieht, wenn er mit anderen Interessen kollidiert?

Klimaschutzsticker

Dieser Wandel ist auch in Oberösterreichs Politik zu erkennen. Kaum eine Gelegenheit hatte Schwarz-Blau bislang ausgelassen, um gegen einen effektiven Klimaschutz zu arbeiten – sei es durch eigene Maßnahmen oder durch Abschmettern aller Forderungen der Grünen im Landtag. „Nun heften sich die anderen Parteien den Klima-

schutzsticker an die Brust, als wäre das alles nicht gewesen. Uns hallen all die Argumente, Ausreden und Relativierungen noch in den Ohren, warum etwas aus welchen Gründen warum nicht geht. Das ist schon irritierend“, betont Kaineder.

„Wir haben keine Zeit mehr, es bei Kompromissen zu belassen.“

Dennoch hat man im letzten Landtag vor der Sommerpause zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gefunden, der auf einer Initiative der Grünen basiert und von der Bundesregierung konkrete Klimaschutzmaßnahmen einfordert. Dies ist ein Fortschritt, aber auch ein Kompromiss. Denn weitergehenden und wichtigen Forderungen der Grünen haben sich ÖVP und FPÖ verweigert. Die Grünen haben daher eigene Anträge eingebracht, die im Herbst behandelt und zur Nagelprobe für die anderen Parteien werden.

„Wir haben keine Zeit mehr, es bei Kompromissen zu belassen“, mahnt Kaineder. Denn „ein bisschen Klimaschutz und ein kleiner Bewusstseinswandel sind zu wenig gegen die Klimakrise. Wir brauchen konsequentes Handeln. Wir haben die wirksamen Instrumente, jetzt geht es darum, sie auch endlich einzusetzen“.

KURZMELDUNGEN

Rückschritt im Naturschutz

Heftige Kritik übt die Grüne Naturschutzsprecherin LAbg. Maria Buchmayr, am Beschluss der neuen Naturschutznovelle von Schwarz-Blau. „Man hat hier ganz bewusst deutliche Rückschritte beim Naturschutz und eine Schwächung des OÖ. Umweltschutzes beschlossen. Alle Kritik, Einwände und Warnungen wurden ignoriert, alle Verbesserungsvorschläge abgelehnt“, betont Buchmayr. Fakt ist, dass diese Novelle wichtige naturschutzfachliche Bewilligungspflichten aufweicht, die Oö. Umweltschutzbehörde die Parteistellung in wesentlichen Naturschutz-Bereichen verliert. „ÖVP und FPÖ haben damit einen bedauerlichen Beweis abgelegt, wie wenig sie von einem wirklich effektiven Naturschutz halten wie er über die letzten Jahrzehnte behutsam aufgebaut wurde“, meint Buchmayr.



Mehr Pflegepersonal!

„Wir müssen mehr Menschen für den Pflegeberuf gewinnen, das schaffen wir nur durch bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Personal aus Thailand, Vietnam und den Philippinen zu holen, ist sicher keine Lösung“, meint die Grüne Gesundheitssprecherin Ulrike Schwarz zur anhaltenden Pflegemisere. Neben der dürftigen Entlohnung ist die zunehmende Belastung der Pflegenden eine enorme Hürde in der Berufswahl. Für Schwarz ist es daher dringend nötig, den vorgegebenen Pflegeschlüssel zu überarbeiten, beim Pflegegeld verstärkt die Demenz zu berücksichtigen, die Normalarbeitszeit zu reduzieren und den Urlaubsanspruch zu erhöhen. „Natürlich sind das Kosten, aber das muss uns ein gesichertes und qualitativ hochwertiges Pflegesystem wert sein.“



Schützen wir endlich unseren wertvollen Boden



„Das Verbauen und Zubetonieren von Grünflächen muss endlich aufhören“, fordert die Grüne Raumordnungssprecherin LAbg. Uli Böker nach einem Lokalaugenschein in Asten. Sie ortet dieses Gebiet als Beispiel, „wo Einkaufszentren, Betriebsbaugelände, Straßen und Parkplätze aus der grünen Wiese gestampft und wertvolle Böden verbraucht werden“. Die Situation ist alarmierend. Täglich werden in Österreich im Durchschnitt der letzten drei Jahre 12 ha für Bau- und Verkehrszwecke umgewidmet (in OÖ 1,5 ha), davon 5 ha tatsächlich versiegelt. Kritik übt Böker an Schwarz-Blau: „ÖVP und FPÖ reden nur vom Bodenschutz, tun aber nichts dafür. Wir brauchen endlich einen sorgsameren Umgang mit unserem wertvollen Boden“.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

28. AUGUST 2019

Was alles passiert ist, das geht auf keine Kuhhaut und schon gar net in a kleines Tagebuch – aber dafür gibt's ja Wahlplakate. ÖVP und FPÖ haben ihren eigenen Klimawandel hinglegt. Aus heißer Liebe ist kalte Verachtung worden. Der türkis-blaue Pakt ist gschmolzen wie ein Gelati-Becher am Ibiza-Strand, zusammen mit der Karriere vom Oberblauen.

Viele in der Partei meinen, dass er jetzt sowieso reif für die Insel ist – am besten die am Ende der Welt. Der geht übrigens jetzt doch nicht zum Film, sondern in die Immobilienbranche – verhandeln hat er ja schon geübt. Witzig ist, dass sich die SPÖ jetzt auch auf den Klimaschutz schmeißt – grad, dass sich die Rendi jetzt net Greta nennt oder den Victor aus Argentinien einfliegen

lasst. Ja die Rendi, die hat zwar in St. Tropez' Promi-Bar keinen CO₂ Abdruck hinterlassen, aber eher einen schlechten Eindruck bei vielen GenossInnen. Was tut sich denn in Oberösterreich? Da braucht die schwarze Kulturpolitik dringend a großes Service. Denn bei einer Millionenförderung für einen Motorradkonzern gehen wirklich alle Alarm-LichtIn

an. Vielleicht hat man aber nur dacht, KTM heißt „Kleines Technisches Museum“ – i weiß net. Am liebsten wäre vielen auf jeden Fall vor die Wahlen, dass des ganze „Ka Thema Mehr“ wär. Ich weiß nur, dass ich dich ab jetzt gut verstecken muss, net dass wer mein Tagebuch findet und shreddert. Wär ewig schad

■ MAX GUSENBAUER

Schulstreiks gehen weiter

Die Fridays for Future - Bewegung rufen wieder weltweit zu Protesten auf. In Linz findet am 27. 9. ein großer Earth Strike mit einem Demonstrationsszug statt.



Aufruf zum Earth Strike



Am Freitag, 27. September, ab 11.57 Uhr, Bahnhofplatz Linz

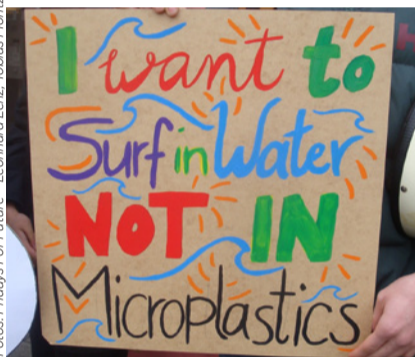
schaft müssen jetzt zusammengebracht werden!

Wir sagen jetzt lautstark: STOPP – Es gibt keinen zweiten Planeten!

Egal ob jung oder alt: Kommt zum Klimastreik und setzt euch für das wichtigste Thema unserer Zeit ein!

Wir fordern bei diesem Streik der Generationen lautstark eine Kehrtwende in der Klima- und Umweltpolitik hin zu einer nachhaltigen und ökologischen Gesellschaft für uns alle. Alle Kräfte aus Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissen-

11.57 Uhr:
Treffpunkt Bahnhofplatz
12.45 Uhr:
Demonstrationsbeginn
14.00 Uhr:
Abschlusskundgebung



Fotos: Fridays For Future - Leonhard Lenz, Tobias Möritz

Termine

Di., 17. September, 19.00 Uhr
Wer bestimmt, was wir essen?

Vortrag und Diskussion mit Stefan Kaineder
Ort: Wirt im Feld, Dietach

Mi., 18. September, 19.00 Uhr
Grünstreifen:

Guardians of the Earth
Ort: Regau, Starmovie

Do., 19. September, 19.00 Uhr
Mercosur: Angriff auf Klima und Landwirtschaft

Diskussion mit Michel Raimon und Clemens Stammler
Ort: Thalheim/Wels, Saal am Marktplatz

Fr., 20. September, 16.45 Uhr
Steyrer Klimagipfel

Eine Kurzwanderung mit Stefan Kaineder, Renate Leitinger, Bernhard Schön, Reinhard Kaufmann
Ort: St. Ulrich bei Steyr, Gasthaus Schoiber; steyr.gruene.at

Fr., 20. September, ab 16.00 Uhr
Jubiläums-Straßenfest –

Die Grünen mit den grauen Haaren werden 20 Jahre alt
Ort: Linz-Urfahr, Landgutstraße 17

Sa., 23. November, 10.00 - 20.00 Uhr
Lebensräume der Zukunft

Wie sich unsere Gemeinden und Städte neuen Herausforderungen stellen können; Ort: Tagungszentrum Messe Wels; Infos unter ooe.gbw.at

PLANETREISEN

Große und kleine planetREISEN
Für die Bildungsreise nach Brüssel zu den EU-Institutionen sind noch ein paar Plätze frei (16.-20. 2. 2020)

München anders – Frauenkultur in Schwabing an der Wende zum 20. Jahrhundert (8.-10.11.)

Kunstsinige Spuren durch Bratislava – mit einem polithistorischen Stadtspaziergang (29.11.-1.12.)

Details und laufend neue Reiseziele unter www.planetreisen.at

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Grgic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at



Meine Wahlprognose

*Alle werden gewinnen.
Vor allem die Bleampeln.
Nur eines geht ganz einfach nicht.*

TEXT RENÉ FREUND

Jetzt wird dann wieder einmal gewählt. Nach 52 Jahren Lebenserfahrung kenne ich das Ergebnis bereits: Es wird ausschließlich Sieger geben. Jene, die Stimmen verloren haben, werden trotzdem Sieger sein, denn sie hätten ja viel mehr verlieren können. Alle werden sich „zunächst einmal bei den Wählerinnen und Wählern bedanken“, auch wenn sie sie gerne zum Teufel jagen würden, weil die potenziellen Stimmgeber zu Hause oder im Wirtshaus geblieben sind, statt in die Wahlkabine zu gehen. Aber das werdet Ihr, liebe Leserinnen und Leser, nicht tun, goi? Erst nach dem Wählen ins Wirtshaus gehen, denn die Grünen müssen wieder in den Nationalrat! Ein Nationalrat ohne Grüne, das ist ... Eine Rein ohne Bratli, ein Knödel ohne Saft, ein Stöckl ohne Kraut, a Hoibe ohne Glas. Nein, das geht ganz einfach nicht.

Nach den Wahlen wird viel geredet werden. Im Wirtshaus und im Fernsehen – viele leere Phrasen. Meine sechzehnjährige Tochter hat angesichts der Klimakrise für Herumgerede wie „vorsichtige Zeitpläne“, „Übergangslösungen“ oder „in Abstimmung mit der Industrie“ nur Verachtung übrig. Und wenn sie hört, wie Kriege verteidigt, Flüchtlinge

missachtet und Kindergelder gekürzt werden, sagt sie Sätze wie: „Aber es soll doch allen Kindern auf der Welt gut gehen, oder nicht?“ Wer könnte da mit „nein“ antworten?

Doch das ist die Sprache des Herzens, und nun wird die Sprache der Taktik regieren. Koalitionen werden zunächst ausgeschlossen und dann beschlossen werden. Was vor der Wahl versprochen wurde, gilt plötzlich nicht mehr, weil a) der Koalitionspartner schuld ist, b) die Budgetzahlen gefälscht waren, c) es den Klimawandel eh nicht gibt. (Richtige Antwort bitte ankreuzen.) Aber sehr kultiviert werden sich alle geben, man wird viel von „richtigem Augenmaß“ und „auf Augenhöhe“ hören. „Ah red's nur, es g'scheite Bleampeln“, kommentierte das einst der Großvater eines Freundes.

Der größte Vorteil an Wahlen besteht darin, dass danach der Wahlkampf vorbei ist. Dann kann man sich auch wieder anderen Dingen widmen, zum Beispiel der Literatur. Ich möchte an dieser Stelle schonjetztallenLeserinnenundLesernmeinesneuen Romans ganz herzlich danken!

René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal. Soeben erschienen: „Swinging Bells“, Roman, Deuticke Verlag.